






Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 06. Januar 04

Bürokratieabbau im Statistikbereich entlastet Betriebe und Unternehmen

Immer wieder hört der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann bei seinen zahlreichen Betriebsbesuchen Klagen über zu viele statistische Erhebungen und Daten-Bürokratie. So auch bei seinem letzten Betriebspraktikum bei der Relinger Firma Hass & Hatje. Auf entsprechende Beschwerden des Abgeordneten hat Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement jetzt geantwortet, dass es konkret voran geht.

So ist beispielsweise kürzlich das Verwaltungsdatenverwendungsgesetz (VwDVG) in Kraft getreten. Dieses Gesetz ermöglicht es, Daten von Finanzbehörden und Arbeitsverwaltungen zu übernehmen, um gegebenenfalls auf monatliche und vierteljährliche Befragungen von Unternehmen verzichten zu können. Auf welche Datenerhebungen konkret verzichtet werden kann, wird in Tests ermittelt, mit denen Anfang dieses Jahres begonnen wird. Rossmann: „Wenn hier alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, bietet das Gesetz

Dienstleistungs- und Handwerksbetrieben, aber auch dem Handel, dem Gastgewerbe und nicht zuletzt den statistischen Ämtern die Chance, wertvolle Arbeitszeit und erhebliche Kosten zu sparen.“

Mit der schon in Kraft getretenen Verordnung zur Verlängerung der Periodizität der Zählung im Handwerk (HwZPV) ist die anstehende Handwerkszählung um 4 Jahre verschoben worden. Eine Auswertung des Statistikregisters wird zeigen, ob man in Zukunft auf Handwerkszählungen als Primärerhebungen völlig verzichten kann.

Über die Maßnahmen des Sofortprogramms hinaus ist das Bundeswirtschaftsministerium derzeit intensiv um die umfassende Überprüfung, Bereinigung und Modernisierung der Wirtschaftsstatistik bemüht. Das Ministerium hat in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, mit Gewerkschaften und kommunalen Spitzenverbänden einen Katalog von Vorschlägen zusammengestellt. Ziel ist es, der Wirtschaftsministerkonferenz im Frühjahr ein Maßnahmenpaket vorzulegen, das dann zügig umzusetzen ist. Rossmann: „Nicht nur die gesetzlichen Vorgaben müssen überprüft werden. Wichtig ist auch, die Verfahren der verschiedenen föderalen Ebenen zu vereinheitlichen und besser zu organisieren. Außerdem müssen die Möglichkeiten der elektronischen Medien viel stärker genutzt werden.“